

STADT-ZEITUNG 04

2024

Info der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft des Stadtverbandes Düsseldorf



**PROFIS
BRAUCHEN
MEHR
TV-L RUNDE ' 23**

GEW



Alle Fotos ohne Namensnennung:
© Stadtverband GEW-Düsseldorf

Der Bezugspreis
ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung
des Herausgebers bzw. der Redaktion wieder.**

Herausgeber

GEW-Stadtverband Düsseldorf
Friedrich-Ebert-Straße 34-38
40210 Düsseldorf
Telefon: (0211) 36 39 02
Fax: (0211) 600 91 47
geschaeftsstelle@gew-duesseldorf.de
www.gew-duesseldorf.de
fb: GEWduesseldorf

Geschäftsführerin

Anja Mühlenberg
Geschäftszeiten:
Mo/Mi 9-13
Di 13:30-17:30
Do 13:30-16:30

Redaktion

Dr. Sylvia Burkert
Telefon: (0211) 9 95 98 59
Mobil: 0172 4031950
eMail: dr.burkert@gew-duesseldorf.de

Satz/Layout

kuttner, Beschriftung.Produktion.Design
Sven Kuttner
Sultbertusstraße 95
40223 Düsseldorf
Telefon: (0211) 15 93 98 21
eMail: info@beschriftungen-kuttner.de
www.beschriftungen-kuttner.de

Druck

TIAMAT druck GmbH
Luisenstrasse 69
40215 Düsseldorf

TARIF

- 6** Wir fordern ein, was du verdienst!
- 8** Auf ein Wort, liebe Kollegin, lieber Kollege!
Von Sandro Monachello, Streikleitung GEW Düsseldorf
- 9** Es geht um Dich: Tarifrunde TV-L 2023
- 10** Frist ist Frust. Von Angelika Gwózdź und Gero Wollgarten
- 11** TVStud- Her mit einem Tarifvertrag für die studentischen Beschäftigten

LEHRERMANGEL

- 13** Ganz unten – wo der Lehrermangel die schlimmsten Auswirkungen hat.
Von Patricia Ollesch
- 14** Bildungswende Jetzt-3000 in Köln beim bundesweiten Protesttag
- 15** Arbeitslast – riesige Herausforderung für Lehrkräfte
(Deutsches Schulbarometer)
- 16** Irgendwas mit Medien – Umfrage des Stadtverbandes. Von Ulrike Hund

GEDENKEN

- 21** Nie wieder ist jetzt! Die Novemberpogrome jähren sich zum 85.Mal

INTERNATIONALES

- 22** We stand with Israel – Solidaritätsschreien des Stadtverbandes
- 23** Nie wieder – Bundesvorstand des DGB
- 24** Alle Bildungseinrichtungen sind jetzt gefragt.
Von Ayla Celik, Vorsitzende der GEW NRW
- 25** Brücken bauen – Rückblicke auf die Veranstaltung
„Frieden im Heiligen Land – eine Utopie?“
Von Theo Wahl-Aust, Joachim Bauer und Nihat Öztürk

IN EIGENER SACHE

- 29** Alle Jahre wieder ... kommt die Steuererklärung
Von Dorota Kordisch, Stadtverband Düsseldorf, Referat K
- 30** Wieder Museumsbesuche. Von Erne Wehrhahn

ADRESSEN

- 31** Personalrätinnen und Personalräte



$$P_N = \frac{\alpha}{360} \cdot \pi \cdot r^2$$

$$\frac{P_N}{\pi \cdot r^2} = \frac{\alpha}{360^\circ}$$

$$= \frac{\sqrt{3}}{2}$$

$$y = \frac{\sin(x+y)}{r^2 \cos x \cos y}$$

$$= \frac{\alpha}{360}$$



OH DU FRÖHLICHE

Was Weihnachten mit der Tarifbindung zu tun hat!

„Weihnachtsgeld ist für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein wichtiger Beitrag zur Haushaltskasse vor den Festtagen – erst recht in Zeiten nach wie vor hoher Inflation.“

...Von den Beschäftigten mit Tarif bekommen 77 Prozent Weihnachtsgeld – fast doppelt so viele wie in Betrieben ohne Tarifvertrag, wo lediglich 42 Prozent der Beschäftigten eine solche Zahlung erhalten. ...ähnlich ausgeprägt ist es bei Beschäftigten mit befristetem und unbefristetem Arbeitsvertrag“ - so das WSI (<https://t1p.de/qn92l>)

Deswegen ist es auch besonders schändlich, dass der öffentliche Arbeitgeber den studentischen Beschäftigten keinen Tarifvertrag anbietet. Der Arbeitgeberverband der Länder hat bei der zweiten Verhandlungsrunde (2./3.11.) mitgeteilt, es gäbe weder eine Mehrheit für einen Tarifvertrag für Studentische Beschäftigte (TVStud) noch Anlass, etwas an den Arbeitsbedingungen zu verbessern, **da das ohnehin keine richtige Arbeit sei**, Studienfinanzierung durch Eltern erfolge und es auch keine strukturellen Probleme gäbe. So sieht also der Respekt vor den studentischen Hilfskräften aus! Da ist Streik angesagt; Streik ist ein Grundrecht, auch wenn manche Hochschulleitungen gegenteiliges behaupten.

In dieser Ausgabe der Stadtzeitung kommen die streikenden Beschäftigten an Schulen und Hochschulen zu Wort. Zum Redaktionsschluss lag noch kein Ergebnis vor, aber es ist ein vorweihnachtliches Gefühl, wenn sich endlich an der Heinrich-Heine-Universität wieder was tut dank unserer GEW-Mitglieder vor Ort - nach einem Jahrzehnt vorwiegend kleinerer und vereinzelter Proteste gegen das prekäre und unterfinanzierte Hochschul- und Wissenschaftssystem.

Wir wünschen erholsame Feiertage und Kraft und Mut für die kommenden Auseinandersetzungen.

Euer Vorstand des Stadtverbandes der GEW Düsseldorf
Düsseldorf, den 20.11.2023



WIR FORDERN EIN, WAS DU VERDIENST!



Zum Redaktionsschluss (5.11.23) waren wir in der Vorbereitung für die Warnstreiks, denn: die Arbeitgeber legten auch in der zweiten Runde kein Angebot vor und blockierten!

Die GEW vertritt bei den Tarifverhandlungen **Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher** sowie **Pädagogische Fachkräfte** in Kitas, Horten und im Ganztage, **Schulsozialarbeiter*innen** und Beschäftigte in den **Heimsonderschulen** und Personal an **Hochschulen**. Allein im Schuldienst geht es um knapp **900.000 Beschäftigte**, von denen viele Beamte sind und nicht streiken dürfen, **doch auch sie können ihre angestellten Kolleginnen und Kollegen unterstützen**. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern die Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten. Auch für die **Angestellten an deutschen Hochschulen** macht sich die GEW stark. Außerdem hat die Tarifrunde Auswirkungen für **1,2 Millionen Beamt*innen der Länder** und 190.000 Kommunalbeamte sowie für **1,1 Millionen Versorgungsempfänger*innen** (fast eine Million bei den Ländern, etwa 130.000 bei den Kommunen).

Für die bundesweit bis zu **400.000 Studentischen Beschäftigten** gibt es bisher keinen Tarifvertrag. Mit einer Ausnahme: In Berlin haben sie einen eigenen Tarifvertrag, den **TV Stud**, erkämpft. In der Tarifrunde geht es auch um einen **Tarifvertrag für alle studentischen Beschäftigten!**

Unsere Forderungen, damit das Gehalt stimmt:

- /// 10,5 Prozent mehr Gehalt – mindestens 500 €
- /// 200 € monatlich mehr für alle in Ausbildung
- /// Unbefristete Übernahme von Auszubildenden und Studierenden
- /// Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TV Stud)

10,5 Prozent sind nötig, weil die Lebenshaltungskosten stark angestiegen sind. **10,5 Prozent sind sinnvoll**, weil die Lohnpolitik der Krise nicht hinterher sparen darf und der öffentliche Dienst ein Vorbild sein muss! Gerade der dramatische **Lehr- und Fachkräftemangel** an den Schulen bringt viele Pädagog*innen ans Limit. Da muss dann zumindest das Gehalt stimmen – auch und gerade **um viel mehr junge Menschen für den Lehrberuf zu gewinnen!**

ABC des TV-L

Am 1. November 2006 trat der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) in Kraft. Er gilt für die Tarifbeschäftigten der Länder - mit Ausnahme von Hessen, das seit 2009 über einen eigenen Tarifvertrag verfügt. Hier findest Du alle Infos rund um den TV-L. <https://t1p.de/nsh7u> (GEW Bund) und <https://t1p.de/hf0tf> (GEW NRW)

Stand 2022 für Tarifbeschäftigte in NRW:

Auch wenn Lehrer*innen in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich verbeamtet werden sollen, sind sehr viele Tarifbeschäftigte in Schulen angestellt.

Jahrelang galt in NRW mit der Vollen- dung des 35. Lebensjahres die bun- desweit niedrigste Höchstaltersgrenze für die **Verbeamtung**, mittlerweile liegt sie bei 42 Jahren. Viele Lehrer*innen wurden und werden also aus Alters- gründen nicht verbeamtet, obwohl sie die fachlichen Voraussetzungen – das zweite **Staatsexamen** – erfüllen. Außerdem gibt es viele sogenannte Nichterfüller*innen, die zum Bei- spiel die Lehrer*innenausbildung als **Seiteneinsteiger*innen** (noch) nicht abgeschlossen haben. Weitere Gründe für die Nichtverbeamtung können zum Beispiel eine mangelnde **gesundheit- liche Eignung** oder die Übernahme von Vertretungsstellen, also ein befristetes Beschäftigungsverhältnis, sein.

Rechtsgrundlage tarifbeschäftigter Lehrkräfte:

Mit Tarifbeschäftigten werden privat- rechtliche Arbeitsverträge nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) abge- schlossen. Das Arbeitsverhältnis wird unbefristet oder befristet, zum Beispiel als Krankheits- oder **Schwangerschafts- vertretung**, geschlossen.

Was steht drin im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L)?

Der TV-L ist zwischen fast allen Ländern (außer Hessen) mit den Gewerkschaf- ten, auch mit der GEW, abgeschlossen. Damit gilt er für tarifbeschäftigte Lehr- kräfte, die Gewerkschaftsmitglied sind, nach dem Tarifrecht direkt. Für Lehr- kräfte, die nicht der GEW NRW oder ei- ner anderen Gewerkschaft angehören,

gilt er kraft einer entsprechenden Nor- mierung im Arbeitsvertrag. Der TV-L regelt auch die monatliche Vergütung. Dafür werden angestellte Lehrer*innen verschiedenen **Entgeltgruppen** zuge- ordnet. Diese Eingruppierung wird in einem eigenen Tarifvertrag vereinbart, dem Tarifvertrag über die Eingruppie- rung und die Entgeltordnung für die Lehrkräfte der Länder (TV EntgO-L). Zentrales Ziel der GEW NRW bei der Verbesserung dieses Tarifvertrages in den kommenden Jahren ist die soge- nannte Paralleltabelle. Der Weg dahin führt über die schrittweise Erhöhung der Angleichungszulage, die mittler- weile von 30 Euro auf 105 Euro brutto monatlich erhöht worden ist (Tarifer- gebnis vom 2.3.2019). Die GEW kämpft für weitere Erhöhungen der Zulage in den kommenden Tarifrunden.

Aktuell	GEW-Forderung
A12 – EG11	A12 – EG12
A11 – EG10	A11 – EG11
A10 – EG09	A10 – EG10

Der Personalrat muss bei der Einstel- lung und der dabei erforderlichen Eingruppierung und Einstufung in eine Entgeltgruppe seine Zustimmung erteilen. Für eine möglichst hohe Er- steinstufung in der entsprechenden Vergütungsgruppe zählen Vorerfah- rungszeiten, die als Lehrkraft erworben wurden. Bei Personalmangel können weitere affine Berufserfahrungen aner- kannt werden. Die Differenz zwischen den einzelnen Stufen der jeweiligen Entgeltgruppe kann schnell rund 400 Euro betragen. Das ist ein beachtlicher Gehaltsunterschied, und zwar fortlau- fend. Deshalb ist es ratsam, sich bei der Einstufung und Eingruppierung an den Personalrat zu wenden.

AUF EIN WORT, LIEBE KOLLEGIN, LIEBER KOLLEGE!

**Bei der derzeitig laufenden Tarifrunde geben die Arbeitgebervertreter (TdL) ein miserables Bild ab. Die Damen und Herren hielten es nicht einmal für notwendig, ein Angebot vorzulegen. (Stand Redaktionsschluss 12.11.23)
Von Sandro Monachello, Streikleitung GEW Düsseldorf**

Erst in der zweiten Verhandlungsrunde kam ein Aufschlag, der es nicht verdient, ernst genommen zu werden. Dies ist nicht nur unverschämt, sondern respektlos gegenüber allen Kolleginnen und Kollegen, die in den Ländern den Laden am Laufen halten. Die Leier der TdL ist bekannt: Leere Kassen, überhöhte Forderungen, mehr Gehalt für uns bedeutet anderen muss was weggenommen werden. Auch das Argument, der Öffentliche Dienst sei ein sicherer Arbeitsplatz, zieht nicht mehr. Wenn das Geld für die inzwischen sehr hohen Lebenskosten nicht mehr reicht, dann ist Sicherheit auch keine wirkliche Währung. Wir möchten keine Geschenke, wir möchten, dass alle angemessen und fair bezahlt werden.

Ich bin sicher, Du möchtest das auch! Du kennst unsere Mindestforderungen: 10,5%, mindestens 500€ mehr im Monat.

Die Kolleginnen und Kollegen bei den Kommunen und Bund (TVÖD) haben bei deren letzter Tarifverhandlung sehr eindrucksvoll gezeigt, dass faire und gute Tarifabschlüsse möglich sind. Dafür sind sie sehr viele Male auf die Straße gegangen. Ohne deren Engagement wäre es definitiv nicht zu so einem Ergebnis gekommen.

Liebe Kollegin, lieber Kollege jetzt bist Du dran. Ein guter Tarifabschluss gelingt nur, wenn auch Du bereit bist, deine Stimme klar und deutlich zu erheben. Nur mit dir wird die Straße voll und laut, damit wir gesehen und gehört werden. Gründe, weshalb Du nicht sichtbar sein kannst, finden sich immer. Es brennt immer vor Ort.

Aber diesmal gilt: Sei solidarisch mit dir selbst! Ohne deine Stimme wird ein ähnlicher Abschluss wie beim TVÖD nicht möglich sein. Deine Bereitschaft zu streiken hat Einfluss auf das Tarifergebnis.

*Geh streiken!
Nur mit dir
wird aus uns ein Wir!*

ES GEHT UM DICH:

In der Tarifrunde TV-L 2023 verhandeln die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für rund 2,5 Millionen Beschäftigte.

KALENDER TV-L 2023

26. OKTOBER 2023

1. Verhandlungsrunde

02. BIS 03. NOVEMBER 2023

2. Verhandlungsrunde

07. BIS 09. DEZEMBER 2023

3. Verhandlungsrunde

Wir vertreten dabei die Interessen von:

- // **angestellten Lehrkräften**
- // **Beschäftigten in Multiprofessionellen Teams (MPT)**
- // **Lehrkräften für Herkunftssprachlichen Unterricht (HSU)**
- // **sozialpädagogischen Fachkräften in der Schuleingangsphase (SEP)**
- // **Fachlehrkräften**
- // **Seiteneinsteiger*innen**
- // **Schulsozialarbeiter*innen**
- // **Tarifbeschäftigten an Hochschulen.**



FRIST IST FRUST

**Endlich wieder Gewerkschaftliches Engagement
an der Heinrich-Heine-Universität!**

Im vergangenen Sommer haben sich einige wissenschaftliche Beschäftigte und Studierende der Heinrich-Heine-Universität zusammengefunden, um gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft zu kämpfen. Die Hauptforderungen sind ausreichend lange Mindestvertragslaufzeiten für Doktorand*innen, ein einheitlicher Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TVStud) an allen Hochschulen und verbindliche Wege zu entfristeten Stellen für promovierte Wissenschaftler*innen.
Von Angelika Gwózdź und Gero Wollgarten



Den Auftakt der Aktivitäten bildete eine Protestaktion, die auf die missbräuchliche Auslegung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) hinwies. An der HHU sind fast alle Beschäftigten unterhalb der Professur befristet angestellt und hangeln sich von Vertragsverlängerung zu Vertragsverlängerung. Dabei sind es genau diese Personen, die einen Hauptteil der Lehre erbringen und damit für den Betrieb der Universität von großer Bedeutung sind.

Um auf diesen Missstand hinzuweisen waren die Kolleg*innen aufgerufen mit Vornamen und Befristungsdatum versehene rote Plakate an ihren Bürotüren anzubringen. Aus Angst vor negativen Folgen beteiligten sich leider nur wenige Kolleg*innen an der Aktion, die Flure blieben leer.

Für die **Aktionswoche Wissenschaft** im Juni wurden die Plakate gesammelt, durch grüne Plakate unbefristeter Beschäftigter ergänzt und an der Heinrich-Heine-Statue vor der Universitäts- und Landesbibliothek aufgehängt. Dadurch wurde das extreme Ungleichgewicht zwischen roten und grünen Plakaten, also befristeten und entfristeten wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen, eindrücklich visualisiert. Diese Plakate wurden erneut vom 30. August bis zum 10. September 2023 im Rahmen einer Ausstellung im Foyer der Universitäts- und Landesbibliothek präsentiert.

Sie wurden begleitet von Informationen zum WissZeitVG, der Kampagne **#ichBinHanna*** und zur Forderung nach einem Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TVStud). Die Inhalte lassen sich weiterhin auf der Website nachlesen: <https://heineshan-nas.wordpress.com>

TVSTUD -

Her mit einem Tarifvertrag für die studentischen Beschäftigten

Die Lage der studentischen Beschäftigten an den Universitäten unseres Landes ist besonders prekär. Die gezahlten Stundenlöhne liegen nur knapp über dem Mindestlohn und unter denen anderer Aushilfstätigkeiten. Studierende müssen es sich also leisten können, an der Universität zu arbeiten und von möglichen wissenschaftlichen Kontakten profitieren zu können. Da die Gehälter von den Universitäten individuell per amtlicher Bekanntma-

chung festgelegt werden, werden sie nicht im Rahmen der Tarifrunden erhöht. Erst die letzte Mindestloohnerhöhung auf 12€ führte zu einer Anhebung der Bezahlung studentischer Hilfskräfte auf 13€ je Stunde und auf 14€ je Stunde für Hilfskräfte mit Bachelorabschluss.

Gekrönt wird diese Bezahlung durch eine Gewährung des gesetzlichen Mindesturlaubs von nur 20 Tagen pro Jahr und fehlende Mindestvertragslauf-

zeiten. Dadurch sind nur wenige Monate laufende Arbeitsverträge möglich. Die Benachteiligung gegenüber den übrigen Beschäftigten der Universität ist unhaltbar.

Diese Forderung brachten die studentischen Vertreter*innen im Oktober auch in den Senat der Heinrich-Heine-Universität ein. Der Senat war aufgefordert das TVStud-Bündnis symbolisch zu unterstützen, auch wenn er selbst keinen übergreifenden Tarifvertrag aushandeln kann. Diese Forderung wurde von Seiten der Professor*innen abgeschmettert, die dabei von der undemokratischen Zusammensetzung des Gremiums profitieren. Im Landeshochschulgesetz ist nämlich verbindlich festgelegt, dass Professor*innen immer die Mehrheit der Senatsmitglieder stellen müssen. Die übrigen Sitze werden aufgeteilt zwischen Studierenden, Beschäftigten in Technik und Verwaltung und wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen.

Davon lassen wir uns jedoch nicht entmutigen und gehen umso kämpferischer in die Tarifrunde. Her mit dem TVStud! Die unverzichtbare Arbeit der studentischen Beschäftigten soll durch bessere Bezahlung, mehr Urlaubstage und Mindestvertragslaufzeiten wertgeschätzt werden. Weitere Informationen zur Kampagne findet ihr hier: <https://tvstud.de/>

Mitmachen

Wer an einer Düsseldorfer Hochschule arbeitet oder studiert, kann gerne der Vernetzungsgruppe auf Telegram beitreten: <https://t.me/+6E2UBIWtAyg3YWUy>

Wir würden uns insbesondere über Postdocs freuen, die ihre Anliegen einbringen und gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen an den Hochschulen kämpfen wollen!

***WER IST EIGENTLICH HANNA?** In einem Erklärvideo von 2018 versuchte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) anhand der fiktionalen weißen Figur Hanna das Wissenschaftszeitvertragsgesetz und das Sonderbefristungsrecht zu rechtfertigen. Mittlerweile wurde das Video von der Website entfernt.

Hanna ist promovierende Biologin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut, sie repräsentiert den Mittelbau. Hannas Stelle ist auf 3 Jahre befristet, sie soll das System nicht „verstopfen“ und möglichst schnell Platz machen. „Hanna weiß, dass man eine Karriere in der Wissenschaft frühzeitig planen muss“ und nimmt Beratungsmöglichkeiten wahr, um sich eine Anschlussanstellung zu sichern. Diese vom BMBF zu einfach gedachte Vorstellung der wissenschaftlichen Arbeit wird in der Realität von vielen Hürden begleitet.

#IchBinHanna – unter diesem Hashtag werden die vielen persönlichen Erfahrungsberichte über prekäre Arbeitsbedingungen geteilt, die Hanna ein Gesicht geben und zeigen, dass Hanna nicht alleine ist.

GANZ UNTEN -

wo der Lehrermangel die schlimmsten Auswirkungen hat

Ein geschätzter Kollege von mir aus unserem Stadtverband hat in der letzten Ausgabe dieser Zeitung seinem Artikel die Überschrift gegeben: „Der Kopf ist voll“. Ich möchte mich dem anschließen, ja auch mein Kopf ist voll.

Von Patricia Ollesch, Gemeinschaftshauptschule Bernburger Straße, Düsseldorf, Vorstand GEW Stadtverband Düsseldorf

Mein Kopf ist voll mit Verwaltungsaufgaben, die ich hier gar nicht alle aufzählen möchte, weil die wohl jede/r Kolleg*in- egal welcher Schulform- nur zu Genüge kennt.

Mein Kopf ist voll. Er ist voller Sorgen um unsere Kinder, die Tag für Tag unsere Schulen besuchen und ein Recht auf Bildung, Zuwendung und ein bisschen Glück und Zufriedenheit haben. Das wird ihnen nämlich momentan verwehrt. Und ich spreche explizit die Schulform an, an der ich seit 22 Jahren unterrichte, die Hauptschule.

Dass die Hauptschule eine sogenannte Restschule ist, darüber mache ich mir nichts vor, habe ich doch ganz bewusst gewählt, an einer Hauptschule zu arbeiten. Mein Kopf ist voller Sorgen darüber, dass wir die Bedürfnisse dieser besonderen Kinder nicht mehr erfüllen können. Einige Klassen haben wegen Lehrermangels viel zu viele Kinder. Ich unterrichte z.B. Englisch in einer Klasse 6. Diese Klasse besteht aus 24 Kindern. Von diesen haben 5 einen Förderbedarf. Um alle zu einem Lernerfolg zu bringen, erfordert es zum Teil dreifach differenziertes Material.

Die meisten Kinder, auch die lernstärkeren, haben extreme Konzentrationschwächen, kommen aus schwierigen

Familiensituationen und Wohnverhältnissen. Jedes! Kind, egal auf welchem Lernniveau es sich gerade befindet, benötigte eigentlich eine Einzelbetreuung. Die Unterstützung, die die Kinder zu Hause bekommen können, ist gleich Null.

Jetzt könnte man sagen, ah, das ist doch alles nichts Neues. Doch, das ist neu. Was für mich, selbst nach langjähriger Tätigkeit an einer Hauptschule neu ist, ist die Massivität, mit der diese Probleme auftreten. „Systemsprenger“, psychisch auffällige Jugendliche, Kinder mit Null Lernmotivation, Kinder mit zu geringen Deutschkenntnissen, Kinder mit Kriegstraumata, Kinder mit Förderbedarf, abgeschulte Schüler*innen von Realschulen mit massiven Verhaltensauffälligkeiten und Schwänzerproblemen tummeln sich alle zusammen ganz unten in unserem Bildungssystem.

Und sie treffen auf immer weniger Personal. Sie treffen auf Lehrkräfte, von denen an der Hauptschule mittlerweile viele Seiteneinsteiger*innen sind, die ein Jahr eine sogenannte „Pädagogische Einführung“ absolviert haben. Sie treffen auf engagierte Lehrer*innen, die wirklich am Limit sind. Und wir müssen, die Menschen mit einem Hochschulabschluss, wenn sie eingestellt werden, auch dringender besser qualifizieren.

Eigentlich brauchen alle Kolleg*innen, die an Hauptschulen unterrichten, auch eine Basisqualifikation in Psychologie. Wie gehen wir um mit Jugendlichen, die sich selber ritzen, schwere Wutanfälle bekommen oder solche Prüfungssängste haben, dass sie Panikanfälle in mündlichen Prüfungen bekommen? Warum spart man bei der Bezahlung der Schulsozialarbeiter*Innen? Einschlägige Berufserfahrung bei Neuein-

stellungen wird in vielen Fällen nicht anerkannt. Ich könnte endlos weiter-schreiben.

Wie lange muss es noch so weitergehen, bis die Verantwortlichen in der Politik wirklich echte, konstruktive Pläne auf den Weg bringen?

BILDUNGSWENDE JETZT –

3000 in Köln beim bundesweiten Protesttag



Die Bildungsgewerkschaft demonstrierte in einem breiten Bündnis in Köln am 23.9. beim bundesweiten Bildungsprotesttag für eine echte "Bildungswende Jetzt". 3000 Demonstrant*innen unterstützten den gemeinsamen Bildungsappell mit vier klaren Forderungen:

- 1. Schule und Kita inklusiv und zukunftsfähig machen**
- 2. Ausbildungsoffensive für Lehrer*innen und Erzieher*innen**
- 3. Sondervermögen Bildung und eine ausreichende Finanzierung**
- 4. Bildungsgipfel auf Augenhöhe**

Die Ergebnisse des Deutschen Schulbarometers unterstreichen die Forderungen der Demonstrant*innen: Die Auswirkungen von Kinderarmut werden sichtbarer, genauso wie die Folgen der hohen Arbeitsbelastung und der unzureichenden Finanzierung des Bildungsbereichs.

ARBEITSLAST

riesige Herausforderung für Lehrkräfte

Das deutsche Schulbarometer zeigt Auswirkungen von Armut und Mangel in der Bildung. Die Belastung von Lehrkräften und das durch Krisen bedingte Verhalten von Schüler*innen sind große Herausforderungen für Lehrkräfte. (Aus der PM der GEW NRW vom 20.9.23 -Auszüge)

(...) Laut der Studie bewerten Lehrkräfte das Verhalten der Schüler*innen (34 Prozent) und die hohe Arbeitsbelastung (31 Prozent) als die größten Herausforderungen im Arbeitsalltag. Während mehr als drei Viertel der befragten Lehrkräfte (81 Prozent) bei ihren Schüler*innen Konzentrationsstörungen und eine übermäßige Online-Nutzung beobachten, gibt jede dritte Lehrkraft (31 Prozent) an, bei den Kindern und Jugendlichen Ängste wahrzunehmen, verursacht wegen der Sorge um die finanzielle Situation der Familie. „Die Studie zeigt, was wir immer wieder betonen. Armut ist ein nicht zu vernachlässigender Faktor, wenn es um Bildungschancen geht. Beispielsweise berichten Lehrkräfte in schwierigen Lagen zu 64 Prozent, das Kindern und Jugendlichen häufiger Schulmaterialien fehlen – in anderen Lagen sind es 37 Prozent. In herausfordernden Lagen geben 48 Prozent der Lehrkräfte an, bei den Kindern Sorgen um die finanzielle Situation der Eltern wahrzunehmen. Ängste und Zukunftsorgen beeinträchtigen Schüler*innen in ihrem Lernprozess und machen es schwer, sich überhaupt auf die eigene Bildung einzulassen. Diese Kinder und Jugendliche schlagen mit weit mehr Bedarfen in der Schule auf und benötigen mehr Hilfestellung und das bedeutet am Ende des Tages auch zusätzliche



Belastung von Lehrkräften in herausfordernden sozialen Lagen. Hier sind wir auf einen Sozialindex angewiesen, der als Steuerungsinstrument Ressourcen zielgenau und bedarfsorientiert steuert und Unterschiede unterschiedlich behandelt. Gerade in herausfordernden Lagen brauchen wir deshalb dringend umfassend Entlastungen, damit den Lehrkräften Zeit für die pädagogische Arbeit bleibt“, so die Vorsitzende der GEW NRW Ayla Celik.

„Ich frage mich, was noch passieren muss, damit die Bildungschancen junger Menschen und Chancengleichheit in der Bildung endlich zur Chefsache erklärt und entsprechend gehandelt wird!“

"Unterrichten fast Nebensache geworden"

63 Prozent der Lehrkräfte in Teilzeit können sich unter bestimmten Voraussetzungen eine Aufstockung vorstellen. Das zeige das hohe Engagement der Lehrkräfte, so die Gewerkschafterin. Allerdings betont auch Çelik, dass die Bedingungen dafür stimmen müssten. Laut Studie geben viele an, dass sie nur aufstocken würden, wenn sich die Arbeitsbedingungen verbessern, beispielsweise, wenn vom Deputationsmodell auf eine Erfassung der tatsächlichen Arbeitszeit umgestellt würde. Çelik: „Das Unterrichten ist in Zeiten der Mangelverwaltung vielerorts fast zur Nebensache geworden. Lehrkräfte stopfen mittlerweile in allen Bereichen des Schullebens die „Lücken“, die durch fehlendes Personal immer größer werden. Vor allem reiben sich Lehrkräfte in Verwaltungstätigkeiten und Organi-

sationsaufgaben auf. Mehr Menschen zum freiwilligen Aufstocken zu bewegen, wird nur gelingen, wenn die Bedingungen stimmen und die Arbeit zu stemmen ist. Dafür muss Entlastung her! Denn am Ende des Tages zählt nicht, was versprochen wird, sondern was an Entlastung vor Ort ankommt.“



IRGENDWAS MIT MEDIEN

Angekommen in der digitalen Schulwelt?!

Die Digitalisierung ist an den Düsseldorfer Schulen angekommen – sagt die Stadt. Ist das wirklich so? Oder nerven schlechtes WLAN, kaputte Beamer, hoher Wartungsaufwand? Wie sollte die ideale IT für die Schule der Zukunft aussehen?

Von Ulrike Hund, Fachgruppe Schulaufsicht und Schulverwaltung, Vorstand GEW Düsseldorf

Diese Fragen stellte sich der Stadtverbandsvorstand in seiner September-Sitzung. Trotz der Lobeshymnen, die immer wieder von den „regierenden“ Fraktionen von Grünen und CDU und der Verwaltung zu hören und zu lesen sind (siehe Zitat Kasten), klagen die Lehrerinnen und Lehrer über viele Unzulänglichkeiten beim Einsatz von digitalen Medien im Unterricht.

„Der zukunftsweisende Ausbau der digitalen Infrastruktur an unseren Schulen ist essenziell für Erfolge in der digitalen Bildung und für Düsseldorf von hoher Bedeutung.“

Dagmar Wandt, Leiterin des Amtes für Schule und Bildung, im Düsseldorfer Anzeiger vom 17. März 2023. Überschrift des Artikels: „In den letzten Zügen“

Das wollten wir genauer wissen. Wir baten deshalb um einen Gesprächstermin mit den Vertreter*innen von eSchool und führten gleichzeitig eine Umfrage an den Düsseldorfer Schulen aller Schulformen durch.

Die Umfrage

Mit unserer Schulpost schickten wir die Bitte an alle Düsseldorfer Schulen, an unserer anonymen Umfrage teilzunehmen.

Die digitalen Fragebögen hatten zwei Zielgruppen: **Lehrkräfte** und **Schulleitungen**.

Wir fragten nach der **Ausstattung mit digitalen Medien**, nach Art und Anzahl der mobilen **Dienstgeräte**, den **Endgeräten** für Schülerinnen und Schüler, den **Projektionsmöglichkeiten** in den Klassen. Wir wollten wissen, wie die Qualität der **WLAN** – Nutzung beurteilt wird, wie zufrieden die Kolleginnen und Kollegen mit der vorhandenen **Software** sind und ob das **digitale Klassenbuch** sinnvoll genutzt werden kann. Die Zufriedenheit mit dem städtischen **Support** war ein Kernpunkt der Befragung. Auch Wünsche für eine **bessere Ausstattung** von Schulen und Lehrkräften konnten mitgeteilt werden.

Wir bekamen Rückmeldungen von 170 Lehrerinnen und Lehrern und von 40 Schulleitungen aller Schulformen.



Ergebnisse der Umfrage

Wie sich schnell herausstellte, ist die Zufriedenheit mit der IT-Ausstattungen über alle Schulformen hinweg weit gestreut. Die wenigen Schulleitungen, die geantwortet haben, sind etwas **weniger unzufrieden** als ihre Kolleginnen und Kollegen.



Unzufrieden sind die Lehrkräfte zu fast 66% mit den mobilen Dienstgeräten, sie wünschen sich zu 66% ein Laptop, 30% möchten **sowohl iPad als auch Laptop** zur Verfügung haben.

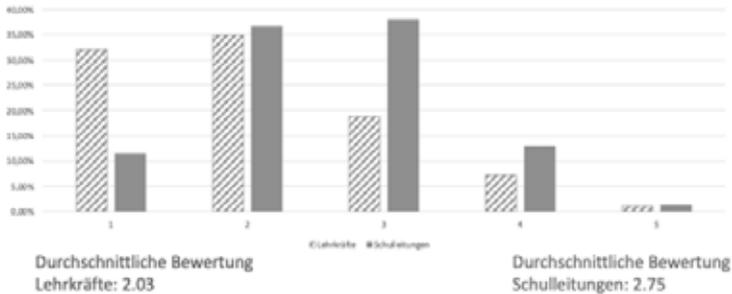
Knapp die Hälfte der Unterrichtenden ist nicht zufrieden mit den **Projektionsmöglichkeiten**, nur knapp 6% sind zufrieden mit der Anzahl der vorhandenen Geräte. Da muss sich also noch viel tun!

Überwiegend unzufrieden sind die Lehrkräfte und Schulleitungen, die geantwortet haben, mit dem **WLAN-Angebot**. Nur 5% sind sehr zufrieden, also gerade mal 9 Lehrpersonen und nur **eine** Schulleitung (Grundschule) ist damit „sehr zufrieden“.

Zum **digitalen Klassenbuch** machen 78 Befragte keine Angaben, was darauf schließen lässt, dass es an ihren Schulen nicht benutzt wird. Überwiegend sind es Grundschulen und einige Förderschulen, aber auch Gymnasien und Gesamtschulen verzichten darauf. Nur 5 von 12 Schulleitungen der Berufskollegs geben an, ein digitales Klassenbuch zu benutzen.

Der **Support von eSchool** wurde von 41% als nicht zufriedenstellend angesehen, 23,5% der Kolleg*innen waren damit sogar „sehr unzufrieden“.

**Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit dem städtischem IT-Support (eSchool) an Ihrer Schule?
(1: sehr unzufrieden bis 5: sehr zufrieden)**



Dem Satz : „**Ich wünsche mir eine städtische IT-Kraft vor Ort!**“ stimmen mehr als 77% der Befragten zu, nur knapp 6% der Lehrkräfte finden das nicht sinnvoll, lediglich eine Schulleitung (Berufskolleg) stimmt „eher nicht“ zu.

Wie geht es weiter?

Nachdem unser Termin mit eSchool für Mitte November vereinbart war, erreichte die Schulen ein „**Newsletter**“ von eSchool.

Darin las man folgende Ankündigungen (Hervorhebungen von der Autorin):

- ///** „**Sieben** Schulen erhalten Unterstützung von schulnahen IT-Supporter*innen, welche sich auf Stundenbasis an der Schule befinden und durch das Sachgebiet „Digitalisierung der Schulen“ gesteuert werden
Und die anderen 145? Die werden wie bisher „ambulanz“ betreut!
- ///** Projekt **Glasfaserausbau** ist gestartet. Bis Ende 2024 werden somit **alle** Düsseldorfener Schulen mit Glasfaser ausgestattet
- ///** Der Ausbau des WLAN ist neben einer schnellen und sicheren Internetanbindung ein Grundpfeiler der IT-Infrastruktur. Daher soll **in jedem Unterrichtsraum** ein WLAN Access Point vorhanden sein
- ///** Ausgebaut wurden im Jahr 2023 bereits **840 Access Points**.
Wie viele Unterrichtsräume gibt es denn so? Laut Prognose im Schulentwicklungsplan für 2020/21 gibt es Bedarf für ca. 3500 Klassen- und Fachräume, Sporthallen nicht mitgerechnet. Dann wird es ja noch ein paar Jahre dauern...

„Wir arbeiten tagtäglich mit den ganzen Geräten und [...] haben [...] der Stadtverwaltung eine Rückmeldung zu den Airservern gegeben. Jede Lehrkraft muss sich pro Unterrichtsstunde mindestens zweimal via Code mit den blöden Geräten anmelden. Der Code wird jedes Mal abgefragt. Wenn man rausfliegt, dann muss man wieder einen Code eingeben. Wir haben die Möglichkeit genannt, dass bereits registrierte Nutzer als „Kontakte“ erkannt werden und nicht immer wieder der Code abgefragt wird. Antwort war: Es gibt Sicherheitsbedenken. Wir haben darauf hingewiesen, dass es mit den AppleTV's schon länger genau so läuft [...] **KEINERLEI ANTWORT MEHR, KEINERLEI INTERESSE AN EINEM AUSTAUSCH!** Wir müssen jetzt jeden Tag pro Stunde zweimal einen Code eingeben bedeutet pro Woche geben wir knapp 30 mal einen Code an, damit wir unser Bild [sharen] können. [...] **Danke für diesen Scheiss!**“

! Bis Ende 2024 sind alle Düsseldorfer Schulen mit neuer Visualisierungstechnik ausgestattet
... wenn der Haushaltsplan das hergibt! Das lässt hoffen, aber der Teufel steckt im Detail, wie eine Lehrkraft in der Umfrage beklagt

Wir werden also das Gespräch mit eSchool führen und unsere Umfrage-Ergebnisse zur Verfügung stellen, in der Hoffnung, dass danach die Wegweiser mal in die gleiche Richtung weisen...



Abbildung:
© Landeshauptstadt
Düsseldorf, Amt
für Schule und
Bildung

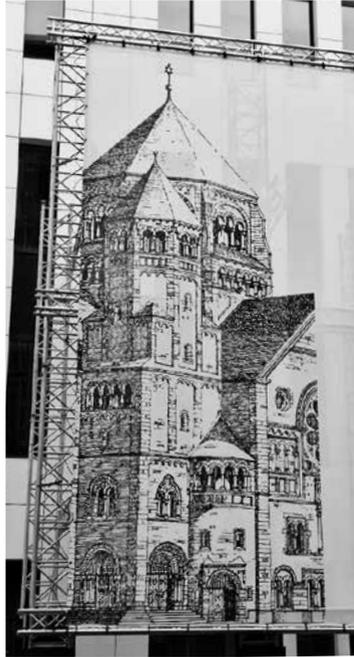
NIE WIEDER IST JETZT!

Die Novemberpogrome jähren sich zum 85. Mal. Wie jedes Jahr luden die Jüdische Gemeinde und die Mahn- und Gedenkstätte am 9. November zum Stillen Gedenken am ehemaligen Standort der 1938 niedergebrannten Synagoge Kasernenstraße/Ecke Siegfried-Klein-Straße ein.

Missing Link

Um 23 Uhr war die zentrale Düsseldorfer Synagoge in der Nacht vom 9. auf den 10. November verwüstet und angezündet worden. Sie brannte vollständig aus und wurde im Winter 1938/39 abgerissen.

85 Jahre später erinnert daran die Lichtinstallation des Düsseldorfer Künstlers Mischa Kuball. Sie ist als temporäre Lichtinstallation vor Ort bis März 2024 zu sehen. (Bild rechts)



Im Bild links:

Sigrid Wolf, DGB-Regionalschäftsführerin Düsseldorf-Bergisch Land, Vorsitzende des DGB Stadtverbandes Düsseldorf bei der Kranzniederlegung.

WE STAND WITH ISRAEL



In einem Solidaritätsschreiben an die beiden Schulen der jüdischen Gemeinde macht der Stadtverband der GEW Düsseldorf klar, dass er in dieser schwierigen Situation an der Seite Israels steht und sich mit allen Jüdinnen und Juden solidarisiert. Wir rufen unsere Mitglieder zusammen mit dem DGB auf, an den Solidaritätskundgebungen der jüdischen Gemeinde teilzunehmen. Sie braucht unsere Unterstützung.

Düsseldorf, den 6.11.2023

Liebe Schulgemeinden des Albert-Einstein-Gymnasiums
und der Yitzhak-Rabin-Schule,

wir sind zutiefst schockiert und betroffen über die schrecklichen terroristischen Angriffe der Hamas auf Israel, über die vielen Toten und Verletzten. Es macht uns darüber hinaus unfassbar traurig und wütend, wie sehr in Folge Antisemitismus wieder großen Raum annimmt und jüdisches Leben angefeindet wird. Dies muss alles extrem belastend für Ihre Schüler*innen, Ihr Lehrpersonal und deren Angehörigen sein. Wir möchten Ihnen unsere Solidarität ausdrücken. Wenn wir etwas tun können, lassen Sie es uns wissen. Unten die Solidaritätsadresse des DGB an unsere Schwestergewerkschaft Histradut

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Sylvia Burkert, Holger Thrien, Hanna Tuszynski
Vorstand der GEW Düsseldorf

Foto links:

10.10.2019, Synagoge Mauerstraße
anlässlich des Anschlags in Halle

NIE WIEDER –

Bundesvorstand des DGB

In einem Brief an Arnon Bar-David, dem Vorsitzenden der Histadrut, dem Dachverband der Gewerkschaften Israels, erklären wir (der DGB - Bundesvorstand, S.B.) gemeinsam mit unseren Mitgliedsgewerkschaften unsere Solidarität mit Israel in Anbetracht der brutalen Anschläge der Hamas der vergangenen Tage. Wir denken an alle, die ihr Leben verloren haben, in Geiselhaft sind oder und um Angehörige trauern.

Als Gewerkschaften setzen wir uns für Frieden, Freiheit, Demokratie und eine vielfältige Gesellschaft ein und stellen uns gegen jede Form von Terrorismus. Wir kämpfen gegen Antisemitismus, in Deutschland und weltweit. In diesen Tagen denken wir an all diejenigen, die hart arbeiten, um Leben zu retten und eine sichere Infrastruktur aufrechtzuerhalten.

Der Brief des DGB-Bundesvorstands an die Histadrut, unsere israelische Schwestergewerkschaft, im Wortlaut:

It was with great shock that we learned about the unprecedented and brutal assault of Hamas on all the people of Israel. We strongly condemn the insidious attacks of Hamas, the murder and abduction of peaceful citizens as an act of terror and a war crime.

In this dark hour for Israel, the German Federation of Trade Unions and its member unions as well as its Youth organisation DGB-Jugend stand by your side. Our thoughts go out to all those

who lost their life and suffer from physical and psychological violence and to their grieving families left in shock and pain. Our common fight for peace, freedom, democracy and a diverse society is what us what always unites us and makes us strong.

Any form of terrorism, indiscriminate killings and disappearances is unacceptable and will meet with our resolute resistance. The last days showed us how deeply antisemitism is rooted in the societies around the world. We are shocked and concerned how brutal antisemitism came to action, also here in Germany. "Never again" for us is not an empty confession - on the contrary. It is our strong conviction. We fight antisemitism here in Germany, as well as in our global union organizations. Be assured we'll do whatever we can to support you in your struggle, we stand closest by your side. We also stand in solidarity with all workers aiding those in need – soldiers, firefighters, public servants, doctors, and nurses – to just name a few, who work relentlessly to save lives and secure a save infrastructure.

Israel is facing a challenging situation and we are glad our government has quickly joint in and expressed its unconditional support for the people under attack in Israel.

Our thoughts are with you and all the people of Israel.
(<https://t1p.de/08vbn>)

ALLE BILDUNGSEINRICHTUNGEN SIND JETZT GEFRAGT

**Statement von Ayla Çelik,
Vorsitzende der Bildungsgewerkschaft GEW NRW:**

"Die Initiative 'Nie wieder ist jetzt!' der Landesregierung ist ein richtiger und wichtiger Schritt. Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, dass Antisemitismus und der Nahostkonflikt viel umfassenderes Thema in den Schulen sein muss, begleitet von umfangreichen Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie entsprechenden Materialien für die Lehrkräfte. Die Landesregierung greift damit unsere langjährigen Forderungen auf, u.a. auch die Stärkung der Beratungsangebote wie SABRA und die Entwicklung von Leitlinien für die Darstellung des Judentums und Israels in Bildungsmedien.

Woran es aber grundsätzlich weiterhin mangelt, sind entsprechende Zeitressourcen für politische Bildung in den Schulen und in den Kitas. Mit der politischen Bildung müssen wir bereits in der frühkindlichen Bildung ansetzen. Das Thema muss integraler Bestandteil der schulischen Bildung für alle Kinder in NRW werden. Hierfür müssen sowohl in der Schule als auch in den Kitas Räume und Möglichkeiten geschaffen werden. Es muss darum gehen, in Kita und Grundschule den Kindern Toleranz gegenüber anderen Meinungen und Akzeptanz von Verschiedenheit

nahezubringen. Ziel sollte stets ein friedliches und diskriminierungsfreies Miteinander sein. Damit unsere Kinder das „Anders-Sein“ als Vielfalt und Bereicherung begreifen und nicht als Grund zur Ausgrenzung.

Materialien und Fortbildungen sind essentiell, aber es braucht vor allem die Zeit im Schulalltag und im Lehrplan, um das Thema didaktisch pädagogisch sinnvoll und differenziert behandeln zu können. Das ist bisher- auch nach dem 10-Punkte-Programm der Landesregierung- nicht der Fall. Das Programm ist ein guter Schritt in die richtige Richtung. Weitere sollten folgen. Nicht nur als Beitrag zur Förderung der politischen Handlungskompetenz unserer Kinder und Jugendlichen, sondern auch zur Stärkung unserer Demokratie."



BRÜCKEN BAUEN

Rückblicke auf die Veranstaltung

„Frieden im Heiligen Land – eine Utopie?“ Vortrag und Diskussion mit Rotem Levin (Israel) und Osama Iliwat (Palästina) am 19.10.2023 im DGB-Haus
 Von Theo Wahl-Aust, Vorstand GEW Stadtverband Düsseldorf

Wir alle waren persönlich, aber auch als Veranstalter dieses Vortragsabends – die GEW Düsseldorf, der Rosa-Luxemburg-Club Düsseldorf, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Attac Düsseldorf und das ZAKK – schockiert über den furchtbaren Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober auf umliegende israelische Siedlungen und ein Musikfestival, bei dem mehr als 200 Geiseln, darunter auch Deutsche, in die Gewalt der Hamas gelangt sind, mehr als 1400 Israelis umgebracht und mindestens 4400 verletzt wurden. Aus dem Gazastreifen wurden etwa 3500 Tote und etwa 12 000 Verletzte gemeldet. (Südd. Zeitung, 19.10.2023)

Umso mehr haben wir uns gefreut, dass es gelungen war, eine schon lange zuvor geplante Veranstaltung mit der israelisch-palästinensischen Organisation Combatants for Peace auch

in dieser Situation durchführen zu können. Sie ist eine binationale Friedensbewegung, die sich inmitten von Hass, Unterdrückung und Gewalt für Frieden und Menschlichkeit einsetzt. Sie hat zusammen mit 25 NGOs aus Israel – die meisten davon sind israelisch-palästinensische NGOs – den Terror der Hamas verurteilt, sie fordert die Freilassung der Geiseln und den Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza (<https://t1p.de/Omzgy>)

Die Mitglieder der Cfp sind Männer und Frauen, die sich durch gemeinsame Aktionen, Dialog und Verständigung für ein Ende der Siedlungspolitik und ein friedliches Zusammenleben im Heiligen Land einsetzen, in dem alle Menschen die gleichen Rechte haben. Sie leisten Bildungsarbeit an Schulen,

organisieren Führungen durch die Westbank, rufen auf zu gemeinsamen Protestaktionen – wie z.B. gegen die geplante Justizreform und zu Friedenskundgebungen.

Combatants for Peace setzt sich für die Zwei-Staaten-Lösung in den Grenzen von 1967 ein oder für eine andere gemeinsam vereinbarte Lösung für Israelis und Palästinenser – auf der Grundlage von Freiheit, Sicherheit, Demokratie und Würde für alle.

Trotz des Kriegs im Gazastreifen konnten zwei Mitglieder dieser Organisation zu einer Vortragsreise nach Deutschland mit Station in Düsseldorf kommen: Der israelische Arzt Rotem Levin, der sich in seiner Heimat in sozialen Projekten engagiert. Während seines Medizinstudiums an der Ben-Gurion-Universität in Beer Sheva hatte er intensiv Arabisch gelernt und enge Freundschaften mit Palästinensern geschlossen. Vor allem das Heilen der kollektiven Traumata von Israelis und Palästinensern ist ihm ein großes Anliegen. Herrn Levins Partner auf palästinensischer Seite war Herr Osama Iliwat aus Jericho, einer Stadt im Jordantal in den von Israel besetzten Gebieten. Er ist Mitglied des Vorstands von Combatants for Peace und Gründer der Organisation Visit Palestine.

Kooperationspartner und Übersetzer war Thomas Trischler von Agiamondo, der zweitgrößten deutschen Entsendeorganisation für Entwicklungszusammenarbeit, die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit unterstützt wird. Die Moderation lag bei mir als Mitglied des Vorstands der GEW Düsseldorf, da ich im Frühjahr 2022 als Menschenrechtsbeobachter im Auftrag des Weltkirchenrats in Israel und Palästina war.

Joachim Braun und Nihat Öztürk haben dankenswerter Weise über diese Veranstaltung einen Bericht erstellt (s.nächste Seite).

Im Anschluss an die Veranstaltung schrieb ich an Herrn Trischler:

„Für den überaus großen Erfolg dieser Veranstaltung danke ich noch einmal Ihnen und den beiden Gästen Rotem Levin und Osama Iliwat von Herzen. Die zahlreichen Rückmeldungen von Besucher:innen zeigen, dass ihre Beiträge in ihrer Dringlichkeit und Authentizität Herz und Verstand der Zuhörer:innen in einem Maße erreicht haben, wie ich das nur selten bei Veranstaltungen erlebt habe. Ihre Beiträge werden noch lange nachwirken und zu weiteren Gesprächen und zum Nachdenken darüber anregen, wie ein gerechter Frieden im Heiligen Land erreicht werden kann.“

Dieser Erfolg ist das große Verdienst der beiden Referenten, aber auch von Ihnen, Herr Trischler, als hochkompetentem Organisator dieser Vortragsreihe und ausgezeichnetem Übersetzer! Hochachtung auch vor Ihrer katholischen Entwicklungsorganisation Agiamondo und dem deutschen Entwicklungsministerium, die diese Vortragsreihe ermöglicht haben – trotz der außerordentlich schwierigen Situation, in der wir uns derzeit befinden. Aber Brücken der Verständigung dürfen nie eingerissen werden, auch nicht dann, wenn die Ereignisse als hoffnungslos erscheinen.“

Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle auch unserer Geschäftsführerin Anja Mühlenberg für die umsichtige und gewissenhafte Vorbereitung der Veranstaltung!

Bericht von Joachim Braun, GEW-Mitglied, aktiv bei attac Düsseldorf

Die Veranstaltung, die schon seit längerem geplant war, erhielt durch den mörderischen Überfall der Hamas auf israelische Orte am 7.10.23 eine noch größere Brisanz als das Thema ohnehin schon hat.

Das schreckliche Geschehen wird selbstverständlich auch an den Schulen diskutiert, was sicherlich auch zum großen Interesse an der Veranstaltung beitrug: Es war wohl es der traurigen Aktualität geschuldet, dass der Veranstaltungssaal im Gewerkschaftshaus Düsseldorf kaum ausreichte, um alle Besucher*innen zu fassen. Der Autor ist selber Lehrer und profitierte übrigens schon am Folgetag von der Veranstaltung, als ein Geschichtskurs um eine Diskussion zum Thema bat.

Die beiden Referenten schilderten informativ und eindrucksvoll die Situation in den Besatzungsgebieten und im Gaza-Streifen; darauf lag der Fokus des Abends. Außerdem wurden die Vorgeschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes und die Voraussetzungen für eine Konfliktlösung thematisiert. Es wurde deutlich, dass die menschenrechtlich unhaltbare Situation in den besetzten Gebieten und in Gaza (die Theo Wahl-Aust bereits in einem früheren Artikel in der GEW-Stadtverbandszeitung eindrucksvoll geschildert hat und die hier nicht im Detail nachgezeichnet werden kann) zur Radikalisierung vieler Menschen in Palästina beiträgt. Folgerichtig waren sich beide Referenten – der Palästinenser Osama Iliwat ebenso wie der Israeli Rotem Levin – einig, dass eine andere israelische Besatzungspolitik die Voraussetzung für eine friedlichere und sicherere Zukunft des Staates Israel

darstellt. Ich möchte jedoch betonen, dass die Kontextualisierung der aktuellen Ereignisse, die an dem Abend geleistet wurde, niemals dazu diente, die schrecklichen Massaker zu relativieren oder gar zu rechtfertigen.

Der Fokus auf die israelische Besatzungs-Politik führte dazu, dass andere Aspekte des Konfliktes – z.B. seine internationale Dimension und seine religiöse Aufladung – nur gestreift werden konnten. So kam es nicht zu einer Gesamtbewertung des Konfliktes, die freilich auch nicht intendiert war und auch in dem Rahmen nicht geleistet werden konnte.

Nach den Vorträgen konnte das Publikum Fragen stellen. Für uns Lehrer*innen höchst interessant waren die Ausführungen zur Frage einer jüngeren Dame, die sich nach der Behandlung des Themas in den israelischen und palästinensischen Schulen erkundigte. Man erfuhr, dass in palästinensischen Schulen der Holocaust und in israelischen die Nakba (Vertreibung von Palästinenser*innen während des Unabhängigkeitskrieges 1948/49) nicht oder kaum behandelt werden. Dies mag dazu beitragen, dass der Konflikt immer von Neuem befeuert wird – und machte so deutlich, wie wichtig ein guter Unterricht sein kann.

Die Referenten berichteten auch von der verdienstvollen Arbeit ihrer Organisation, der CfP. Dies überzeugte das Publikum offenbar, denn beim Verlassen des Veranstaltungsraums nach über zweieinhalb Stunden konzentrierter und sachlicher, friedlicher Diskussion – an der Stelle ein Dank an Theo für die souveräne Moderation! – wurde großzügig für die Organisation gespendet. Der GEW Düsseldorf ist zu gratulieren, dass sie den Mut zu dieser brisanten

Veranstaltung hatte. Davon profitierten nicht nur die Lehrenden im aktiven Dienst. Auch als Mitglied von Attac Düsseldorf schätze ich, dass mir die Möglichkeit geboten wurde, mich lebendiger, persönlicher und tiefergehend zu informieren als es durch den Konsum der üblichen Medien möglich ist. Herzlichen Dank dafür!

Bericht von Nihat Öztürk*

Die Veranstaltung „Frieden im Heiligen Land“ am 19.10.2023 im Gewerkschaftshaus war eine Sternstunde des Humanismus – gegen Terror, Gewalt, Hass und Vertreibung.

Selten habe ich eine solche Klarheit bei der Verurteilung von Gewalt und eine derart souveräne Offenheit bei der Benennung des Versagens palästinensischer und israelischer Politiker von einem Israeli und einem Palästinenser erlebt. Beeindruckt hat mich auch der besonders respektvolle und faire Umgang der beiden Gäste aus Israel und Palästina und anwesenden Gäste untereinander. Und das in einer völlig aus den Fugen geratenen und geistig vergifteten Welt und bei einem derart emotionalisierenden Thema.

Seit dem Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober waren der israelische Arzt und Aktivist Rotem Lewin und der palästinensische Aktivist Osama Iliwat vom Vorstand „Combatants for Peace“ die einzigen, die ich ohne zu zögern als Stimmen der Vernunft in einer großen Wüste des Hasses und der schreienden Verlogenheit bezeichnen möchte.

Beide Aktivisten haben uns allen vor den Augen geführt, dass es einen Frieden zwischen Israelis und Palästinenser nur dann geben wird und geben kann, wenn sie sich auf gleicher Augenhöhe

begegnen – und wenn sie sich ernsthaft und nachhaltig zu einer wechselseitigen Perspektivenübernahme, einem Minimum an Empathie und zur Fähigkeit, in der „Haut des Anderen“ zu leben, anstrengen.

Ich finde, dass solche Veranstaltungen viel häufiger und an jedem Ort stattfinden sollten, weil sie zum Denken statt zum Hetzen und zum Mitfühlen statt zum Hassen einladen. Das ist die beste Form des Widerstandes gegen Terror und Krieg – und auch gegen Antisemitismus und Rassismus.

Noch etwas: Nach Teilnahme an diversen Aktionen und Kundgebungen gegen Terror und Gewalt, gegen Antisemitismus und Krieg seit dem 7. Oktober habe ich beschlossen, an solchen Veranstaltungen und Aktionen nicht mehr teilzunehmen, weil sie vor Scheinheiligkeit und verlogener Einseitigkeit nur so strotzten. Zukünftig werde ich nur noch solche Aktionen, Kundgebungen und Veranstaltungen unterstützen, die von Israelis und Palästinensern, von jüdischen und muslimischen Bürger*innen gemeinsam getragen werden – und die keinen Zweifel daran lassen, dass sie Terror, Gewalt und Krieg sowie alle Formen von Antisemitismus und Rassismus, Fundamentalismus und Post-Kolonialismus gleichermaßen strikt ablehnen.

Zum Schluss möchte ich Euch und alle anderen Kolleginnen und Kollegen, die diese Veranstaltung mit ihrer Unterstützung möglich gemacht haben, herzlich danken.

***Nihat Öztürk war drei Jahrzehnte lang für die IG Metall tätig, die meiste Zeit als Erster Bevollmächtigter und Geschäftsführer in Düsseldorf-Neuss.**

ALLE JAHRE WIEDER ... KOMMT DIE STEUERERKLÄRUNG

Da ist oft guter Rat teuer! Für unsere Leser ist er kostenlos, spart Nerven und Zeit. Unsere Expertin und Kollegin Dorota gibt wertvolle Tipps!

„Ein weiteres außergewöhnliches Jahr in Sachen Steuern neigt sich dem Ende zu. Durch das Jahressteuergesetz 2022 ergeben sich für den Veranlagungszeitraum, also das Kalenderjahr, 2023 Veränderungen; eine davon betrifft die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten für das häusliche Arbeitszimmer.“ Von Dipl.-Kauffrau Dorota Kordisch, StR'in, Stadtverband Düsseldorf, Referat K (Gewerkschaftliche Bildungsarbeit)

„Wenn Sie bis jetzt beim Thema Einkommensteuererklärung sich lieber angenehmeren Tätigkeiten des Lebens gewidmet haben und gerade den Drang verspüren, sich dem nächsten Artikel zuzuwenden, versuche ich Ihnen das Thema schmackhaft zu machen. Denn:

Selbst wenn Sie nicht zur Abgabe verpflichtet sind, können Sie von einer freiwilligen Einkommensteuererklärung profitieren. Klar, die öffentlichen Ausgaben werden aus den Steuereinnahmen finanziert, dabei stellen die Einnahmen aus Einkommensteuer und Lohnsteuer die zweitwichtigste Einnahmequelle des Bundes. Mit einer Steuererstattung erlangen Sie ein zusätzliches, verfügbares Einkommen, das Sie in Form von z.B. freiwilligen Zuwendungen nach Belieben (gerne an die GEW) „reinvestieren“ können.

Eine Einkommensteuererstattung ergibt sich insbesondere bei Werbungskosten über den Werbungskostenpauschbetrag von 1.230,00 €, z.B. wenn Sie mehr als 20 Kilometer von Ihrer Arbeitsstelle entfernt wohnen, unabhängig davon, wie Sie die Strecke täglich bewältigen (Lastenrad, Privatflugzeug oder per Anhalter). Haushaltsnahe Dienstleistungen oder Handwerkerleistungen für eine Haushaltshilfe (z.B. als Minijob), Renovierungsarbeiten im/ am Haus oder Garten (nur mit Rechnung, keine Barzahlung), aber auch die neuen Aufwendungen für energetische Maßnahmen im selbstbewohnten Eigentum können zu einer Erstattung führen.

Kommen wir aber zum Thema „häusliches Arbeitszimmer“. Dieses ist bei vielen von uns, vor allem bei den Lehrern, nicht mehr wegzudenken. Die tatsächlichen Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer sind ab dem Veranlagungszeitraum 2023 nur noch dann abzugsfähig, wenn es den Mittelpunkt der gesamten beruflichen Tätigkeit bildet. Bei Lehrern befindet sich der Mittelpunkt der gesamten beruflichen Tätigkeit nicht im häuslichen Arbeitszimmer, da die berufsprägenden Merkmale im Unterrichten bestehen und somit in der Schule, im Klassenraum, erbracht werden (wenn man das Distance-Learning von zuhause außen vor lässt).

Die gute Nachricht: Ab 2023 können Sie bis zu 210 Home-Office-Tage von der Steuer absetzen, auch wenn Sie kein separates Arbeitszimmer in der Wohnung haben und Ihre Arbeit in einer „Arbeitsecke“ oder am Esstisch erledigen. Für den Abzug der Home-Office-Tagespauschale reicht es nunmehr aus, dass die Tätigkeit überwiegend in der häuslichen Wohnung ausgeübt wird und keine außerhalb der Wohnung liegende erste Tätigkeitsstätte an diesem Tag aufgesucht wird. Eine Ausnahme besteht dann, wenn zwar die erste Tätigkeitsstätte an dem Tag aufgesucht wird, hier jedoch kein anderer Arbeitsplatz



zur Verfügung steht und am Vormittag bzw. Nachmittag Arbeit von zuhause erledigt wird (was bei den meisten Lehrern ohne einen eigenen Büroplatz in der Schule der Fall ist). Die Home-Office-Pauschale beträgt 6 Euro pro Tag, maximal jedoch 1.260 Euro im Kalenderjahr. Das entspricht der Werbekostenpauschale, somit ergibt jede weitere berufliche Ausgabe sofort eine Steuerrückerstattung.

Anders als bisher kann nun unter Umständen sowohl die Home-Office-Pauschale als auch die Fahrt zur Arbeit abgesetzt werden. Steht einem Arbeitnehmer für die berufliche Tätigkeit kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung und verbringt er die überwiegende Arbeitszeit des Tages in der häuslichen Wohnung, können neben der Home-Office-Pauschale auch Kosten für die Fahrten zwischen Wohnung und der ersten Tätigkeitsstätte für denselben Kalendertag steuerlich geltend gemacht werden. (Stellen Sie sich einen Lehrer vor, der am Mittag, nach vier Stunden, Unterrichtsende hat, nach Hause fährt und fünf Stunden, am Esstisch, die Klausuren korrigiert).

Arbeitsmittel stellen keine Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer dar. D.h. diese können zusätzlich zu der Home-Office-Pauschale als Werbungskosten steuerlich geltend gemacht werden. Dies betrifft Einrichtungsgegenstände, die gleichzeitig Arbeitsmittel sind, wie z. B. einen Bürostuhl, Regale oder einen Schreibtisch, aber auch Fachbücher, Fachzeitschriften, Stifte oder Taschenrechner. Darüber hinaus sind Internet- bzw. Telefonkosten unbegrenzt abzugsfähig.

Jetzt wurde es doch sehr fachlich, jedoch beende ich meine Ausführungen mit den Worten eines der Gründerväter der Vereinigten Staaten, Benjamin Franklin: „Was klagt ihr über die vielen Steuern? Unsere Trägheit nimmt uns zweimal so viel ab, unsere Eitelkeit dreimal so viel und unsere Dummheit viermal so viel.“

In diesem Sinne frohe Weihnachten und guten Rutsch wünscht euch Dorota

WIEDER MUSEUMSBESUCHE



<https://pixabay.com/de/illustrations/search/kunst%20picasso%20/>

26 Jahre hat **Edith Sarkar-Kuhnke** als Vertreterin der Ruheständler*innen jeden Monat Führungen in den Kunstmuseen Düsseldorfs und der umliegenden Städte organisiert und es damit vielen Kolleg*innen (auch mir) ermöglicht, Kunst intensiver zu erfahren und uns näher zu bringen. Auch an dieser Stelle ein ganz, ganz großes Dankeschön an Edith!!

Seit Septemberdieses Jahres habe ich Ediths Arbeit kommissarisch übernommen. Seither haben wir im Oktober eine empfehlenswerte Ausstellung im Lehmbruck-Museum in Duisburg besucht, Alicja Kwade „In Agnosie“, und im November „Picasso ; Beckmann“ im Von der Heydt-Museum in Wuppertal.

In den letzten Jahren hatten wir fast ausschließlich kompetente Kunstvermittler*innen, die unsere Führungen interessant gestalteten und lohnenswert machten. Wenn ich damit deine Interesse geweckt habe, an diesen teilzunehmen, melde dich bei mir unter ernweh@live.de. Dann nehme ich dich in den Mailverteiler auf und du erhältst jeweils Einladungen und Details zu den Terminen.

Erne Wehrhahn komm. Vertreter der Ruheständler*innen im Vorstand des Stadtverbandes

PERSONALRÄTINNEN UND PERSONALRÄTE

Örtlicher Personalrat Grundschule

Büro

Blumenthalstr. 11, 40476 (Derendorf)
+49 211 8924687
Sprechzeiten per Mail oder telefonisch erfragen!
monika.maraun@duesseldorf.de

Monika Maraun

KGS Paulusschule
+49 172 2149755 • moni.maraun@web.de

Holger Thrien

GGs Gerhard-Tersteegen-Schule, Beckbuschstr.
+49 2102 717772 • holger.thrien@gew-nrw.de

Ines Loßner

GGs Theodor-Heuss, Lützenkircher Str.
+49 157 58476785 • ines.lossner@gew-nrw.de

Maria Varriale

KGS Thomas-Schule, Blumenthalstr.
+49 1590 3024121 • varriale@gmx.de

Astrid Zörner

KGS Fleher Straße
+49 178 8633716 • astrid.zoerner@gew-nrw.de

Catharina Wolff

KGS Paulusschule
+49 211 667608 • catharina.wolff@schule.duesseldorf.de

Ulrich Gosebruch

GGs Knittkuhl
+49 1759497300 • ulrichgosebruch@web.de

Sandro Monachello

KGS Christophorus-Schule, Werstener Friedhofstr.
+49 211 2495943 • sandro.monachello@gew-nrw.de

Andrea Gellert

GGs Knittkuhl
ZfsL Düsseldorf
+49 1577 3897456 • andrea.gellert@gew-nrw.de

Bezirkspersonalrat Hauptschule

Patricia Ollesch

Städt. Gemeinschaftshauptschule Bernburger Str.
+49 211 346882 • pollesch@gmx.de

Bezirkspersonalrat Realschule

Andreas Dietrich (BPR)

Toni-Turek-Realschule, Düsseldorf
+49 212 64527631 • andreasdietrich@schule.duesseldorf.de

Bezirkspersonalrat

Gymnasium & Weiterbildungskolleg

Hanna Tuszynski

Städtisches Gymnasium Gerresheim, Düsseldorf
+49 211 87525881 • hanna.tuszynski@gew-nrw.de

Bezirkspersonalrat Gesamtschule

Gabriella Lorusso

Städtische Gesamtschule Stettiner Str., Düsseldorf
+49 173 2744416 • gabriella.lorusso@gew-nrw.de

Regina Köhler

Städtische Gesamtschule Stettiner Str., Düsseldorf
+49 211 9337369 • regina.koehler@gew-nrw.de

Bezirkspersonalrat Förderschule

Nicole Kaspar

Alfred-Herrhausen-Schule, Düsseldorf
+49 211 46872458 • nicolekaspar1@alice-dsl.net

Daniela Drecker

Franz-Marc-Schule, Düsseldorf
+49 211 69167622 • daniela.drecker.gew@gmx.de

Bezirkspersonalrat Berufskolleg

Marei Heinke

Elly-Heuss-Knapp-Schule, Düsseldorf
+49 211 98592689 • marei.heinke@gew-nrw.de

Hauptpersonalrat Berufskolleg

Sebastian Krebs

Lore-Lorenz-BK, Düsseldorf
+49 211 9348888 • sebastian.krebs@gew-nrw.de

Wir waren dabei! Die Gewerkschaft der Polizei GdP rief die Kolleginnen und Kollegen zur **Aktiven Mittagspause** vor dem LKA auf.



ZEIT ZU HANDELN! 

Tarifrunde 2023

Einsatz für zeitgemäßen Lohn

Aktive Mittagspause

Nach der zweiten Verhandlungsrunde gibt es immer noch kein Angebot der Arbeitgeber zur Erhöhung der Tariflöhne. Selbst die Übernahme des viel zu niedrigen Tarifabschlusses des TVöD wäre den Arbeitgebern der Länder "zu teuer". Die Arbeitgeber blockieren. Wertschätzung sieht anders aus!

Wir fordern 10,5% - mindestens 500€!

Helft mit, den Druck auf die Arbeitgeber zu erhöhen!

Kommt alle um 12 Uhr vor das LKA!

Montag 13.11.2023

Völklinger Straße 49, 40221 Düsseldorf

